

# I

## Inhalt

Seite

1. Problemstellung, Zielsetzung, Aufbau und Ansatz der Untersuchung	1
1.1 Problemstellung	1
1.2 Zielsetzung und Aufbau der Untersuchung	3
1.3 Methodischer Ansatz der Untersuchung	5
2. Beihilfen und Umweltschutzbeihilfen aus ökonomischer und rechtlicher Sicht	6
2.1 Beihilfen und Umweltschutzbeihilfen aus ökonomischer Sicht	6
2.1.1 Zur Abgrenzung und Differenzierung von Beihilfen bzw. Umweltschutzbeihilfen	6
2.1.1.1 Zur Abgrenzung und Differenzierung von Beihilfen bzw. Subventionen	6
2.1.1.2 Zur Abgrenzung und Differenzierung von Umweltschutzbeihilfen	8
2.1.1.3 Mit Umweltschutzbeihilfen vergleichbare geldwerte Vorteile	10
2.1.2 Zur Meßbarkeit der Umweltschutzbeihilfen und vergleichbaren Beihilfen	13
2.1.3 Zur Beurteilung und Ausgestaltung von Umweltschutzbeihilfen	16
2.1.3.1 Zur Beurteilung von Umweltschutzbeihilfen	16
2.1.3.2 Zur Ausgestaltung von Umweltschutzbeihilfen	19
2.1.3.2.1 Das Kriterium der Wettbewerbsneutralität	21
2.1.3.2.2 Das Kriterium der ökonomischen Effizienz	22
2.1.3.2.3 Das Kriterium der ökologischen Wirksamkeit	24
2.1.3.2.4 Das Kriterium der administrativen Praktikabilität	24
2.2 Beihilfen aus EG-rechtlicher Sicht	25
2.2.1 Das Beihilfeverbot als Teil des Wettbewerbs-schutzes	25

2.2.1.1 Allgemeines	25
2.2.1.2 Wettbewerbsschutz	26
2.2.1.3 Wettbewerbsfreiheit in der Rechtsprechung des EuGH	27
2.2.1.4 Schutzzweck des Art. 92 Abs. 1 EG-Vertrag	28
2.2.1.5 Beeinträchtigung des zwischenstaatlichen Handels	30
2.2.1.6 Kreis der Begünstigten gem. Art. 92 Abs. 1 EG-Vertrag	30
2.2.2 Bindung der Gemeinschaft an Art. 92 EG-Vertrag	33
2.2.3 Der Beihilfebegriff i.S.d. Art. 92 EG-Vertrag	35
2.2.3.1 Subventionen und Beihilfen	35
2.2.3.2 Der Beihilfebegriff in der Rechtsprechung des EuGH	36
2.2.3.3 Der Beihilfebegriff der Kommission	37
2.2.3.4 Der Beihilfebegriff in der rechtswissenschaft- lichen Literatur	45
2.2.3.5 Besonderheiten für Umweltschutzbeihilfen	50
2.3 Fazit	63
2.4 Rahmenbedingungen für Umweltschutzbeihilfen aus dem GATT und Art. 20a GG	66
2.4.1 Subventionsverbote nach GATT/WTO	66
2.4.2 Grundgesetz und Umweltschutzbeihilfen	69
3. Zur Beihilfekontrolle in der EG	70
3.1 Allgemeine Überlegungen zum Verhältnis von Beihilfeverbot und Umweltschutz	70
3.2 Querschnittsklausel	71
3.2.1 Anwendungsbereich der Querschnittsklausel	71
3.2.2 Bindung der Mitgliedstaaten an Art. 130 r EG-Vertrag	72
3.2.3 Bindung der Kommission an Art. 130 r EG-Vertrag	74
3.2.4 Die Genehmigung der Beihilfen durch die Kommission	83

3.2.4.1 Die Kontrolle der unbestimmten Rechtsbegriffe des Art. 92 Abs. 3 EG-Vertrag durch den EuGH	84
3.2.4.2 Die Kontrolle des Ermessens der Kommission durch den EuGH	86
3.2.4.3 Interpretation der einzelnen Buchstaben des Art. 92 Abs. 3 EG-Vertrag	90
3.2.5 Beihilfeaufsicht gemäß Art. 93 EG-Vertrag	93
3.3 Die bisherigen Gemeinschaftsrahmen für Umweltschutzbeihilfen	95
3.3.1 Die sog. Kostenzurechnungsempfehlung von 1975	95
3.3.2 Das erste Beihilfememorandum	97
3.3.2.1 Regelungen in der Übergangsperiode von 1975 bis 1980	98
3.3.2.2 Die Allgemeinen Anwendungsgrundsätze	99
3.3.3 Das zweite Beihilfememorandum von 1980	101
3.3.4 Verlängerung des Gemeinschaftsrahmens im Jahre 1986	102
3.3.5 Sektorale und horizontale Beihilferegelungen mit Umweltschutzbezug	105
3.4 Die bisherige Entscheidungspraxis der Kommission hinsichtlich Umweltschutzbeihilfen	107
3.4.1 Einzelentscheidungen	107
3.4.2 Fazit	111
4. Darstellung des neuen Gemeinschaftsrahmens für Umweltschutzbeihilfen	112
4.1 Der neue Gemeinschaftsrahmen für Umweltschutzbeihilfen	112
4.1.1 Entstehung	112
4.1.2 Generelle Leitlinien des neuen Memorandums	117
4.1.3 Geltungsbereich des neuen Memorandums	117
4.1.4 Anwendung des neuen Gemeinschaftsrahmens	119

	<u>Seite</u>
4.1.5 Genehmigung von Umweltschutzbeihilfen	124
4.2 Identifizierung der wichtigsten Neuregelungen	126
5. Evaluierung des neuen Gemeinschaftsrahmens aus rechtlicher, ökonomischer und umweltpolitischer Sicht	131
5.1 Vorbemerkungen	131
5.2 Evaluierung aus rechtlicher Sicht	133
5.2.1 Rechtsnatur des Gemeinschaftsrahmens	133
5.2.2 Rechtliche Bewertung der Genehmigungsfähigkeit der im Gemeinschaftsrahmen genannten Maßnahmen	137
5.2.3 Genehmigungsfähigkeit von Beihilfen für umweltschutzbezogene Maßnahmen, die nicht im Gemeinschaftsrahmen genannt sind	144
5.2.4 Zusammenfassung der rechtlichen Evaluierung	145
5.3 Evaluierung aus ökonomischer Sicht	147
5.3.1 Das Kriterium der Wettbewerbsneutralität	147
5.3.2 Das Kriterium der ökonomischen Effizienz	155
5.4 Das Kriterium der ökologischen Wirksamkeit	160
5.4.1 Investitionsbeihilfen	160
5.4.2 Beihilfen für Information, Ausbildung und Beratung	165
5.4.3 Betriebsbeihilfen	166
5.4.4 Beihilfen für den Erwerb umweltfreundlicher Erzeugnisse	168
5.4.5 Beihilfen für F+E-Vorhaben von gemeinsamem europäischen Interesse	168
5.5 Das Kriterium der administrativen Praktikabilität	169

<b>6. Identifizierung möglicher Auswirkungen des neuen Gemeinschaftsrahmens auf die nationale Umweltpolitik</b>	<b>176</b>
<b>6.1 Rechtliche Auswirkungen</b>	<b>176</b>
<b>6.2 Identifizierung direkter Auswirkungen im Bereich von Umweltschutzbeihilfen</b>	<b>178</b>
<b>6.2.1 Allgemeines Prüfraster</b>	<b>178</b>
<b>6.2.2 Mögliche Auswirkungen am Beispiel des DtA-Umweltpogramms zur Finanzierung von Umweltschutzmaßnahmen</b>	<b>180</b>
<b>6.3 Identifizierung indirekter Auswirkungen auf dem Gebiet der materiellen Umweltpolitik</b>	<b>184</b>
<b>6.3.1 Mögliche Folgen für die Förderung der Altlastensanierung</b>	<b>184</b>
<b>6.3.2 Verwendung der Einnahmen aus umweltschutzbezogenen Sonderabgaben</b>	<b>188</b>
<b>6.3.3 Mögliche Folgen für die Duales System Deutschland GmbH (DSD)</b>	<b>193</b>
<b>6.3.4 Beihilfen für erneuerbare Energien und Energieeinsparungen</b>	<b>197</b>
<b>6.3.5 Die Quersubventionierung bei Gebühren und Beiträgen für öffentliche Entsorgungsdienstleistungen</b>	<b>198</b>
<b>6.3.6 Mögliche Folgen für die Rechtsformenwahl</b>	<b>202</b>
<b>6.3.7 Die Tätigkeit der Treuhandanstalt bzw. ihrer Nachfolgeorganisationen</b>	<b>204</b>
<b>6.4 Neue Entscheidungspraxis der Kommission</b>	<b>205</b>
<b>6.5 Möglicher Anpassungsbedarf innerhalb der nationalen Umweltpolitik</b>	<b>206</b>
<b>7. Überprüfung des neuen Gemeinschaftsrahmens im Hinblick auf Anpassungserfordernisse auf der Gemeinschaftsebene</b>	<b>209</b>
<b>7.1 Überlegungen zur Notwendigkeit einer Neufassung des Gemeinschaftsrahmens für Umweltschutzbeihilfen</b>	<b>209</b>

Seite

7.1.1 Korrektur- und Präzisierungsvorschläge	211
7.1.2 Anpassung an die neuen WTO-Subventions- regeln	212
7.2 Anpassungserfordernisse in anderen Bereichen der Gemeinschaftspolitik	216
7.2.1 Ausdehnung des Geltungsbereiches des Gemeinschaftsrahmens auf die Beihilfen der Union	216
7.2.2 Berücksichtigung des Beihilferahmens auch bei Umweltschutzrichtlinien der EU	218
7.3 Abbau wettbewerbsverfälschender "versteckter" Subventionen im Falle unzureichender Internali- sierung externer Effekte	218
Zusammenfassung	221
Literaturverzeichnis	231

**T a b e l l e n**

	<u>Seite</u>
Tab. 2.1-1 Umweltschutzbeihilfen in den Mitgliedsländern der Europäischen Union	20
Tab. 2.2-1 Deutschland, Staatliche Beihilfen insgesamt - Jahressdurchschnitt 1988-1990	46
Tab. 2.2-2 Umweltschutzbeihilfen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union - Jahressdurchschnitt 1988-1990	47
Tab. 2.3-1 Beihilfeformen in der Theorie und Praxis	64
Tab. 3.2-1 Vergleich der Memoranden	104
Tab. 4.1-1 Das vierte Memorandum im Überblick	116
Tab. 4.2-1 Beihilfen im Umweltschutzbereich innerhalb des dritten und vierten Memorandums	127
Tab. 4.2-2 Umweltschutzbeihilfen und sektorale/horizontale Rahmenregelungen	129
Tab. 5.5-1 Verwaltungsaufwand für umweltschutzbezogene Subventionen in Hamburg	174
Tab. 6.2-1 Förderprogramme der Bundesregierung und etwaiger Anpassungsbedarf	182
Tab. 7.2-1 Umweltschutzbudget der Europäischen Union	217